

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 9

Charlottenburg, Freitag, den 3. März 1916

Jahrg. 43

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 14. bis 19. Februar haben keine Berichte eingelangt:

Goldlauter, Hüttengrund, Raghütte, Kleindembach, Langenau, Limbach, Meuselbach, Müsschen, Neuhalbensleben, Radeberg, Schmiedefeld, Lettau, Wunsiedel.
Das Verbandsbüro.

Die Frauenarbeit während des Krieges.

Von August Winnig.

Der Mensch der Kriegszeit nimmt willig neue Eindrücke auf und ordnet die neuen Erscheinungen ebenso willig seinem Bewußtsein ein. So haben wir uns allmählich daran gewöhnt, die Frau in Berufen und Berrichtungen erwerbend tätig zu sehen, die ihr sonst allgemein verschlossen waren und von denen man auch nicht glaubte, daß sie sich jemals der Frauenarbeit öffnen würden. Der auffälligste Ausdruck dieses Vordringens der Frauenarbeit ist wohl die Frau auf der Straßenbahn, wo sie heut den Dienst der Schaffner und Führer versteht und uns darin immer aufs neue an den ungewöhnlichen Charakter des heutigen Wirtschaftslebens erinnert. Nicht so auffällig, aber volkswirtschaftlich noch bedeutsamer ist das Eindringen der Frauen in Erwerbsgebiete, die schon wegen ihrer Anforderungen an die Körperkraft stets als Gebiete ausschließlicher Männerarbeit galten. Der Bundesrat hat durch entsprechende Verordnungen den Weg dazu frei gemacht. Wir sehen heute Frauen als Streckenarbeiterinnen an den Eisenbahnen, wir sehen sie wieder auf Bauten, wo sie erst vor wenigen Jahren durch Gesetz ausgeschlossen waren, sie sind zu Tausenden in den Betrieben der Schwerindustrie beschäftigt; allein auf den Kruppschen Werken sollen gegen 5000 Frauen tätig sein. Die vom „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlichten Zahlen der versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen geben uns einen Einblick in die Entwicklung der Frauenarbeit. Am 1. Januar 1915 hatten die berichtenden Kassen einen Gesamtbestand von 7 094 412 versicherungspflichtigen Mitgliedern, davon waren Männer 4 319 192, Frauen 2 775 220, d. h. von je 1000 Mitgliedern waren 609 Männer und 391 Frauen. Am 1. November 1915 berichteten die Kassen über 8 159 306 versicherungspflichtige Mitglieder, wovon 4 458 446 Männer und 3 700 860 Frauen waren. Das Verhältnis bei je 1000 Mitgliedern war jetzt also 547 Männer und 453 Frauen. Diese Zahlen sind allerdings nicht in jeder Hinsicht vergleichsfähig, da im Januar 5224, im November dagegen 5938 Kassen berichteten. So erklärt sich ja auch die beträchtliche Erhöhung der Gesamtmitgliederzahl, die in Wirklichkeit bei weitem nicht so groß ist als sie in diesen Zahlen erscheint. Setzt man bei den vergleichsfähigen Kassenberichten die Zahl der im Januar 1915 versicherten Männer und Frauen je gleich 100, so stellt sie sich im November bei den Männern auf 89,0, bei den Frauen auf 114,7.

Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß diese Entwicklung — Abnahme der Männer- und Zunahme der Frauenarbeit — aufs engste mit dem Kriege und seinen Wirkungen zusammenhängt. Das Einrücken der Frauen in Arbeitsstellen, die bisher von Männern besetzt wurden, ist

heute einfach eine Notwendigkeit, gegen die kein Wort zu sagen ist. Wo acht oder mehr Millionen der arbeitenden Männer der arbeitsfähigsten Altersklassen der Volkswirtschaft entzogen sind, war die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsgetriebes gar nicht anders zu erreichen. Nichtsdestoweniger hat diese Entwicklung ihre Gefahren. Die Entwertung der Arbeitskraft, die ohnehin schon eine Folge der Kriegswirtschaft ist, wird hierdurch noch weiter gefördert. Viele Arbeiten werden heute dadurch, daß sie von Frauen geleistet werden, schlechter bezahlt als früher. So erreichen z. B. die bei der Straßenbahn tätigen Frauen kaum die Hälfte des Verdienstes der früher beschäftigten Männer, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten müssen. In der Industrie, und insbesondere in der Industrie für den Heeresbedarf, wird es nicht anders sein. Es gehört schon ein beträchtliches Maß volkswirtschaftlicher Kurzsichtigkeit dazu, darin einen Vorteil zu erblicken und die Beibehaltung der Frauenarbeit auch für die Zeit des Friedens zu empfehlen. So sonderbar das klingt, es fehlt in der Tat nicht an Stimmen, die sich in diesem Sinne aussprechen und gerade in der Billigkeit der Frauenarbeit ein Mittel sehen, um nach dem Kriege den wirtschaftlichen Wettbewerb wieder erfolgreich aufnehmen zu können. Am deutlichsten sagte das kürzlich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, die in ihrer Nr. 40 folgende Ansichten äußerte:

„Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht zumuten, daß er aus Gründen, die immerhin höchst theoretischer Natur sind, seine Produktion verteuert. Die nationale Volkswirtschaft aber hat ebenso wenig einen Vorteil davon, wenn eine leichte, durch Frauenarbeit gleich gut, wenn nicht viel besser zu besorgende Tätigkeit den Männern übertragen wird, bloß weil sie Männer sind! Wir werden nach dem Kriege noch manchen heftigen Kampf auf dem Weltmarkt auszufechten haben, und es wird uns hierbei nicht schaden, wenn wir unsere Herstellungskosten in verständiger Weise einschränken. Das kann aber zweifellos durch eine rationelle Verwendung der Frauenarbeit geschehen. Sehr gut. Die sozialistische Behauptung nämlich, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringen Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin umzudeuten sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird.“

Ein solcher Standpunkt wagt sich an die Öffentlichkeit! Man braucht sich nur einmal vorzustellen, wie es nach Friedensschluß auf dem Arbeitsmarkt aussehen wird. Die Heeresleitung mag bei der Entlassung der mobilisierten Männer das größte Maß an Zurückhaltung und Umsicht aufwenden, sie wird doch nicht verhindern können, daß es alsbald zu einer gewaltigen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes kommen wird. Ist der Friede da, dann ist es aus vielen Gründen schlechterdings unmöglich, die Entlassung der Kriegsteilnehmer in die Länge zu ziehen. Das würde schon für die Stimmung der Soldaten und für die Disziplin die allerbedeutendsten Folgen haben. Man muß bedenken, daß unser Feldheer zu drei Vierteln aus verheirateten Leuten besteht, die sehnsüchtig darauf warten, zu ihrer Familie zurückzukehren und deren Rückkehr von diesen nicht weniger sehnsüchtig erwartet wird. Dann ist die Zurückhaltung der Kriegsteilnehmer aber auch eine Frage von erheblicher politischer und finanzpolitischer Bedeutung.

Sieht beispielsweise der Friedensschluß die Räumung der besetzten Gebiete vor, so muß sie natürlich erfolgen, und es ist dann einfach unmöglich, die Millionen der dort stehenden Männer in den deutschen Kasernen und Truppenlagern unterzubringen, von dem finanziellen Interesse, das damit verbunden ist, ganz zu schweigen. Man wird gewiß Rücksicht auf die Frage der Arbeitsbeschaffung nehmen müssen; aber dieser Rücksicht sind ihre Grenzen gesetzt. Die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes wird sich auf solchem Wege wohl ein wenig mildern und etwas verzögern, aber sie wird sich so nicht verhindern lassen.

Es kommt außerdem hinzu, daß mit Friedensschluß der größte Teil der heutigen Produktion für den Heeresbedarf eingestellt werden wird. Dem steht zwar andererseits die Abkehr der Kriegsgefangenen gegenüber; aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese nicht im entferntesten einen Ausgleich für die Einstellung der Kriegsproduktion schaffen kann.

Darum kommt es vor allem darauf an, Arbeitsgelegenheit für die zurückkehrenden Familienväter zu schaffen. Je näher wir dem Frieden kommen, um so bedeutsamer wird diese Aufgabe. Es hieße sie künstlich erschweren, wollte man versuchen, an der heutigen Frauenarbeit festzuhalten. Die Frauenarbeit von heute ist ein Notbehelf, den uns der Krieg aufgezwungen hat; wir wollen nicht aus der Not eine sehr fragwürdige Tugend machen. Kein Grundsatz von der Gleichberechtigung der Geschlechter kann es rechtfertigen, daß Frauen als Erdarbeiter mit Hacke und Schaufel hantieren, daß sie in Stahl- und Gießereien arbeiten, daß sie überhaupt die Arbeitsplätze füllen, während Hunderttausende arbeitsfähiger Männer vergeblich nach Arbeit suchen, um ihre Familie ernähren oder eine Familie gründen zu können. Die Zurückführung der deutschen Volkswirtschaft in die geordneten Bahnen der Zeit vor dem Kriege würde durch die Beibehaltung der heutigen Frauenarbeit nicht gefördert, sondern gerade verhindert werden. Die dann unvermeidliche große Arbeitslosigkeit der Männer müßte die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes vermindern. Die Konkurrenz von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt würde die Löhne drücken und dadurch einen Rückgang der Lebenshaltung der Massen zur Folge haben, der zum geraden Gegenteil dessen führen müßte, was die heutigen Befürworter der Frauenarbeit davon erwarten.

Wir dürfen uns freilich nicht verhehlen, daß die Erfahrungen mit der Frauenarbeit für viele Fabrikanten ein Anreiz sein wird, sie sich weiter nutzbar zu machen. Die Billigkeit verspricht zunächst größere Profite, und von dieser Aussicht werden sich viele Unternehmer locken lassen. Da aber schließlich die Nation nicht nur der Unternehmerprofite wegen da ist, so muß durch gesetzgeberische Mittel eingegriffen werden, um der hier drohenden Gefahr zu wehren. Die heutigen Erleichterungen für die Beschäftigung von Frauen müssen ihren Kriegscharakter beibehalten; sie müssen in dem Augenblick fallen, wo der Grund, der sie herbeiführte: der Mangel an männlichen Arbeitskräften, fallen wird.

Mehr Heimarbeiterchutz.

Am 11. Februar fand im Café „Rheingold“ eine Besprechung über Maßnahmen zugunsten der Heimarbeiter statt. Die Einladung ging von der Auskunftsstelle für Heimarbeitsreform und vom Büro für Sozialpolitik aus. An der Besprechung nahmen Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sowie der Zentralstelle für Arbeiterinneninteressen und der Verband der katholischen erwerbstätigen Frauen und Mädchen teil. Nach einleitenden Worten des Professors Franke berichtete Dr. Käthe Gaebel über die Ergebnisse der Konferenz vom 3. August 1915. Sie betreffen die Vorarbeiten über die Einführung von Fachauschüssen, die Bekämpfung des Heimarbeitschwindels, die in Berlin erfolgreich durchgeführt sei und nunmehr auf das ganze Reich übertragen werden müsse, sowie eine Eingabe betr. die Regelung der behördlichen Ausgabe von Heimarbeit. Man könne sich indes nicht mit diesen Maßnahmen begnügen, denn ein großes Bedürfnis nach Nebenerwerb sei unleugbar vorhanden und werde nach dem Kriege noch mehr hervortreten. Deshalb seien auch Maßnahmen zur Beschaffung von Nebenerwerb nicht zu erheben.

Sodann hielt Herr Mag.-Rat Dr. Hiller-Frankfurt a. M. ein Referat über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei öffentlichen Lieferungen. Ausgehend von den Missständen, die sich am Anfang des Krieges bei der Ausgabe von

Heereslieferungen, besonders im Bekleidungswesen, einstellten, indem parasitäre Existenzen sich zwischen Heimarbeiter und Militärbehörden schoben und die Löhne drückten, schilderte der Redner die Bestrebungen der Heeresleitung, die Lohnsätze behördlich festzusetzen und den Unternehmern durch Vertrag aufzuzwingen; die Lohnsätze wurden tarifvertraglich geregelt, das Verhältnis zwischen Unternehmer- und Arbeiteranteil behördlich festgesetzt und Streitigkeiten durch Schlichtungskommissionen erledigt. Da die Gewerbegerichte zu diesen vertraglichen Regelungen eine ablehnende Stellung einnahmen, insbesondere in Berlin, so griff die Kommandogewalt ein und verfügte, daß andere Verabredungen, die von den tarifvertraglich-behördlichen Festsetzungen abweichen, nichtig seien. Das Klagerrecht des letzten Arbeiters gegen den ersten Abnehmer von Heereslieferungen sei so gut wie gesichert, dank der höheren sozialen Einsicht der Militärbehörden. Es gelte jetzt von diesen Kriegserrungen soviel als möglich in den Frieden hinüberzubringen. Eine gesetzliche Regelung sei das einzige Mittel und die Einführung der Fachauschüsse nicht länger zu umgehen. Auch dürfe sich die jetzt getroffene Regelung nicht auf Lieferungen von Arbeit beschränken, sondern müsse auch auf Lieferung fertiger Waren, zu denen der Unternehmer die Rohstoffe gegeben habe, ausgedehnt werden durch den Nachweis, daß für diese Waren ausreichende Löhne gezahlt seien und durch die nachträgliche Haftung für Nachzahlung auf zu niedrige Löhne der Heimarbeiter. Herr Mag.-Rat v. Schulz-Berlin ergänzte die Ausführungen des Herrn Hiller durch seine eigenen Erfahrungen. In der sehr eingehenden Erörterung wies Herr Kunze-Berlin vom Verband der Schneider und Schneiderinnen nach, daß die Militärbekleidungsämter und das Generalkommando erst nach unermesslichem Drängen der Gewerkschaften den Weg zu einer Sanierung der Heimarbeitsverhältnisse im Militärbekleidungswesen beschritten hatten, dann aber mit erfreulicher Festigkeit vorgegangen seien. An der Debatte beteiligten sich die Herren Hübsch, Sabath und Umbreit von den freien Gewerkschaften, Herr Nolte und Frl. Behm von den christlichen Gewerkschaften und Herr von Berlepsch. Die meisten Redner betonten die Notwendigkeit, daß das Hausarbeitsgesetz durchgeführt werde, besonders notwendig sei die Einsetzung von Fachauschüssen, die die Befugnis der Lohnfestsetzung erhalten müßten. Herr von Berlepsch schloß sich dieser Forderung an, hielt aber dafür, die Erweiterung des Gesetzes vorzubereiten durch die Einführung von Fachauschüssen mit lohnamtlichen Befugnissen im Heeresbekleidungswesen durch militärbehördliche Exekutivgewalt. Es gelte den Beweis zu führen, daß solche Einrichtungen möglich sind und sich bewähren. Was im Kriege seine Kraft bewährt habe, könne auch im Frieden leichter erhalten werden.

Als Ergebnis der Aussprache wurde in Aussicht genommen, eine Eingabe an Reichstag und Bundesrat betr. die beschleunigte Durchführung des Heimarbeitsgesetzes zu richten, an das Kriegsministerium das Ersuchen um Einführung von Fachauschüssen zu richten und an die übrigen behördlichen Auftraggeber (Eisenbahn, Post, Gemeinden) das Verlangen zu stellen, eine gleiche Regelung der Lohnverhältnisse einzuführen, wie dies im Heeresbekleidungswesen geschehen sei. Eine Kommission von fünf Personen soll in Gemeinschaft mit dem Büro für Sozialpolitik diese Eingaben bearbeiten.

Danach wurde die planmäßige Verteilung der Heeresaufträge für Heimarbeit erörtert und hierzu die Bildung eines Beirates von Sachverständigen beim Kriegsministerium vorgeschlagen, worüber bereits Verhandlungen mit letzterem eingeleitet sind. Auch diese Angelegenheit wird der erwähnten Kommission überwiesen. An letzter Stelle wurden Mitteilungen über die Beteiligung sog. Wohlfahrtsorganisationen an der Uebernahme von Heeresaufträgen für Heimarbeit gemacht und auf eine energische Bekämpfung des Heimarbeitschwindels sowie auf die Notwendigkeit der Förderung der ortstatutarischen Krankenversicherung der Heimarbeiter hingewiesen.



Preiserhöhung in der Steingutindustrie. Von der Vereinigung deutscher Steingutfabriken werden wir aufmerksam gemacht, daß die von uns in voriger Nummer der „Ameise“ gebrachte Mitteilung, wonach die genannte Vereinigung eine Erhöhung der Verkaufspreise um 25 Prozent beschlossen habe, den Tatsachen nicht entspricht. Die Beschlusfassung über eine Erhöhung der Verkaufspreise ist erst am 26. Februar erfolgt und beträgt die Erhöhung nicht 25, sondern nur 10 Proz.

Ein „gelber“ Lügenfeldzug gegen die Volksfürsorge endlich erledigt. Der in Schlessen satfam bekannte Sekretär reichsdeutschen Bergarbeiterverbandes Niederschlessens, Ed- und Fichtner in Oberwaldenburg, fühlte sich als Ange- ter der von dem Rappischen Verband öffentlich-rechtlicher ensversicherungsanstalten finanziell ausgehaltenen „natio- m“ Arbeiterorganisationen berufen, der Volksfürsorge in lessen das Fortkommen zu erschweren. Zu diesem Zweck äßte und verbreitete er Flugblätter für Arbeiter und Zir- re für Arbeitgeber, worin er die herabscheidendsten Lügen mmenstellte, um die Leser von der Volksfürsorge fernzu- en und sie für die öffentlich-rechtliche Anstalt zu gewinnen. I gerade diese persönlich durch Fichtner gezeichneten Flug- ter eine Muster Sammlung der größten Verleumdungen ent- en, die von den Gegnern der Volksfürsorge zu deren Be- pfung erfunden wurden, suchte der Vorstand auf Grund Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Fichtner zum eis seiner Behauptungen oder zur Unterlassung derselben wingen, nachdem dieser es abgelehnt hatte, in einer öffent- abzugebenden Erklärung seine unwahren Behauptungen dzunehmen. Der erste Termin war auf den 28. November B vor dem Amtsgericht in Waldenburg (Schlessen) anbe- nt. Nach Ueberwindung zahlreicher Hindernisse kam es chsmaliger Vertagung und verschiedenen Beweisverhand- en am 22. Mai 1914 zu einem erstinstanzlichen Urteile, hes, dem Antrage des Vorstandes der Volksfürsorge ent- hend, Fichtner zur Unterlassung seiner Unwahrheiten ver- ilte.

Noch gab dieser jedoch seine Hoffnung auf gerichtlichen g nicht auf. Er legte Berufung ein. In diesem Ber- en provozierte er noch das ausführliche Gutachten eines pferständigen Mathematikers zum Beweis seiner Behaup- , daß die Volksfürsorge etwa 33 1/3 Proz. der Gelder der herten zur Besoldung politischer Demagogen verwen- de. Damit fiel er glänzend herein. Obgleich das Gericht dem pferständigen die Frage vorlegte, ob die Volksfürsorge a 33 1/3 Proz. ihrer Prämien für Agenturzwecke verwen- de, agte selbst darauf nach sorgfältiger Analyse aller Verhält- e der Volksfürsorge die klare Antwort, daß die Fichtnersche auptung nicht richtig sei, sondern erheblich weniger aus- en werde.

So stand die Sache, als am 5. Februar 1916 das Land- cht Schweidnitz endlich zur Berufungsverhandlung zu- mentrat. Dazu war Herr Fichtner im Schmuck eines ens persönlich erschienen. Nach Feststellung des völlig alativen Ergebnisses des Sachverständigen-Gutachtens legte Richter dem Angeklagten in wohlwollender Weise nahe, in Rücksicht auf die entstehenden höheren Kosten nicht auf Urteil ankommen zu lassen, sondern vorher die Berufung dzu ziehen. Sehr ungern, aber in der Voraussicht auf ere Verurteilung, fügte sich Fichtner unter Uebernahme tlicher durch die Berufung entstandenen Kosten beider teilen dem Zureden seines Anwalts und zog die Berufung lück, indem er seinem Anwalt gegenüber wehmütig bedauerte, daß die politischen Verhältnisse der letzten 1 1/2 Jahre sich so günstig für seine „nationale“ Sache entwickelt hätten.

Dieser Stoßseufzer zeigt, was Fichtner vor dem Kriege n den Gerichten gehalten hat, er läßt aber auch hoffen, daß Zeiten der reichsverbändlerischen Methoden auch im ge- sälligen Kampfe gegen die Volksfürsorge vorbei sind. Es ilt sonach in diesem Streitfalle bei dem Urteile erster tanz, wonach das Gericht für Recht erkannt hat:

Der Beklagte wird verurteilt, die Behauptung und Verbreitung folgender Tatsachen:

1. die Volksfürsorge verwen- de etwa 33 1/3 Proz. des Geldes der Versicherten, um politische Demagogen zu besolden,
 2. in sozialdemokratischen Blättern sei zu lesen gewesen, die Volksfürsorge stelle 45 000 Beamte ein, die sie besolden müsse,
 3. die Volksfürsorge habe für den Posten eines General- agenten 30 000 Mk. ausgesetzt,
- zu unterlassen.“

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewinnt durch den Krieg erhöhte Bedeutung. Die jahrelange Trennung wachsender und zum großen Teil verheirateter Männer und Frauen hat zu großen Missständen auf sexuellem Gebiet und

zu einer starken Zunahme der Geschlechtskrankheiten geführt. Es droht die Gefahr, daß nach dem Friedensschluß durch die heimkehrenden Krieger die Seuchen in die Familien verschleppt werden. Auf Anregung von Dr. Kaufmann, dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, haben sich die Militärverwal- tungen, die Krankenkassen, die deutsche Ärzteschaft, der Vor- stand der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechts- krankheiten und Vertreter der Gewerkschaften mit den gegen diese Gefahr zu ergreifenden Maßnahmen beschäftigt. Als Ergebnis dieser Beratungen sind die Leitsätze anzusehen, die im Dezember 1915 von einer Vollversammlung der deutschen Versicherungsanstalten angenommen wurden:

1. Zur Verminderung der Gefahr einer Zunahme der Geschlechtskrankheiten im deutschen Volke ist eine Ueberwachung geschlechtskranker Kriegsteilnehmer auch nach ihrer Entlassung geboten. Um diese Ueberwachung erfolgreich zu gestalten, ist ein planmäßiges Zusammengehen der Träger der Invaliden- und Krankenversicherung mit der Ärzteschaft unerlässlich.

Zum Zwecke dieser Ueberwachung werden besondere Be- ratungsstellen von den Versicherungsanstalten nach Benehmen mit der zuständigen ärztlichen Landesvertretung eingerichtet. Es kann zweckmäßig sein, für Versicherungsanstalten und Sonderanstalten oder für Teile ihrer Bezirke gemeinsame Be- ratungsstellen einzurichten.

2. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Beratungsstellen und die Reisekosten der Versicherten tragen die Versicherungsanstalten. Der Dienstbetrieb der Beratungs- stellen wird im allgemeinen nach dem Vorbilde der Fürsorge- stelle der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Ham- burg einzurichten sein. Bezieht der Versicherte in den Bezirk einer anderen Anstalt, so werden die über ihn geführten Auf- zeichnungen dorthin abgehen.

3. Die Ärzte der Beratungsstellen sollen sich der Behand- lung enthalten. Sie haben nur die Notwendigkeit einer solchen festzustellen und den Kranken auf ärztliche Hilfe zu verweisen.

4. Stellt der Arzt der Beratungsstelle eine Behandlungs- bedürftigkeit fest, so ist der gegen Krankheit Versicherte grund- sätzlich der Krankenkasse zu überweisen, es sei denn, daß er triftige Gründe gegen eine Behandlung auf Kosten der Kranken- kasse geltend macht. In diesem Falle wird die Versicherungs- anstalt die Behandlung auf ihre Kosten übernehmen.

5. Die Versicherungsanstalt übernimmt ferner die Behand- lung, wenn der Kranke nicht gegen Krankheit versichert ist.

6. Die Versicherungsanstalt kann auch die Fürsorge für nicht oder nicht mehr gegen Invalidität Versicherte übernehmen, wenn der Kranke dem Kreise der versicherungspflichtigen Be- völkerung nahesteht und zu besorgen ist, daß ohne das Ein- greifen der Versicherungsanstalt eine sachgemäße Behandlung unterbleibt.

(1.) Eine Denkschrift über den Arbeitsnachweis. Aus einer am 27. November 1915 dem Deutschen Reichstage zu- gegangenen Denkschrift, betreffend Maßnahmen auf dem Ge- biete des Arbeitsnachweises, ergibt sich, daß die gemeindlichen und öffentlichen Arbeitsnachweise ihre Leistungen während der letzten Jahre nicht nur beträchtlich gesteigert haben, sondern daß sie den erhöhten Aufgaben und veränderten Verhältnissen, denen der Kriegsausbruch sie gegenüberstellte, vollständig ge- wachsen waren. Die gemeindlichen und öffentlich unterstützten Arbeitsnachweise waren besonders durch Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte stark in Anspruch genommen.

Eine in der Denkschrift enthaltene Gegenüberstellung der Erhebungen, betreffend den Arbeitsnachweis in 1912 und 1915, beweist, daß im Jahre 1912 2224 Arbeitsnachweise festgestellt wurden, während im Jahre 1915 diese Zahl auf 3087 ge- stiegen war. Es kommen hierbei nur die nicht gewerbsmäßig betriebenen Vermittlungseinrichtungen in Betracht.

Die Denkschrift hebt hervor, daß die gemeindlichen Arbeits- nachweise sich besonders durch Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte und durch Beschaffung weiblichen Ersatzes für männliche landwirtschaftliche Arbeiter bei Erntearbeiten ver- dient gemacht haben. In der Unterbringung ungelehrter Arbeiter haben die gemeindlichen Arbeitsnachweise ebenfalls viel geleistet.

Der am 6. August 1914 ins Leben gerufenen Reichs- zentrale der Arbeitsnachweise, welche für die Dauer des Krieges bestehen soll, ist es zu verdanken, daß ein Zusammen- wirken der öffentlichen Arbeitsvermittlung erreicht und ein Ausgleich zwischen Mangel an Arbeitskräften in einem Bezirk oder Gewerbe und Ueberschuß in dem anderen hergestellt wurde. Eine weitere Aufgabe der Reichszentrale war die Repatriierung der italienischen Arbeiter, die Unterbringung der aus Festungsgebieten entfernten Bevölkerung und die

Heranziehung von Kriegsgefangenen zur Deckung des Arbeiterbedarfs.

Die Denkschrift hebt die allgemein anerkannte Notwendigkeit größerer Zentralisierung hervor und gibt eine ausführliche Darstellung der diesem Zwecke dienenden Zentralauskunftsstellen.

Literarisches

Von der **Neuen Zeit** ist soeben das 22. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

- Berlin.** Donnerstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro. — Sonnabend, 18. März, abends 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engellufer 15.
- Limmenau.** Sonnabend, 11. März, 8 1/2 Uhr, in der Rosenau.
- Magdeburg.** Sonnabend, 4. März, 8 1/2 Uhr, bei Harnack, Schmidtstraße 58.
- Nürnberg.** Sonnabend, 11. März, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse.
- Ciefonturt.** Sonnabend, 11. März, 8 1/2 Uhr, in der Brauerei (Ränge Stube).

Adressen-Änderungen

Ellerwerda. Kassierer: Erich Brunert, Viehla, Gehringstr. 193.
Rudolstadt. Vorsitzender: Oskar Pfotenhauer, Maler, Debrastr.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Max Weigel, Maler, geboren am 9. Juni 1876 in Piesau (S.-M.), im Lazarett zu Hannover an Lungenentzündung verstorben. Mitglied der Zahlstelle Frankfurt am Main.

Karl Dösch, Querscher, geboren am 6. Juni 1890 in Röhrenbach, gefallen in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Arzberg.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Eilenberg. Alfred Holland, Dreher, geboren am 5. März 1864 in Schmiedefeld, Kreis Schleusingen, gestorben am 18. Februar an Lungenleiden. Letzte Krankheitsdauer 17 Wochen. Mitglied seit 1902.

Molschendorf. Johann Ködel, Dreher, geboren am 21. Mai 1880 in Lanperlitz, gestorben am 25. Februar an Lungenleiden. Seit 1912 Invalide. Mitglied seit 1897.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt

Tüchtiger Schriftensetzer,
der sich auch in Holzbrandschriften einrichten würde, sofort gesucht.
Novitas & m. b. H., Nürnberg.

Suche, etnen
Brenner und Brennofenarbeiter
bei dauernder Stellung und gutem Verdienst.
August Kuhlmei, Blumentopf Spandau.

Wir suchen für sofort
mehrere tüchtige Dreher
für dünne Becher und Schalen, sowie
mehrere flotte Brennhaus-Arbeiter
zum Einfüllen von Hohl- und Flachgeschirr.
Schleifische Porzellanfabrik P. Donath & m. Ciefonturt i. Schl., Bahnstation Rauscha (D.-B.)

Abdreher, Einformer, Ueberformer, Gießer
und ein tüchtiger **Drucker**
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Steingutfabrik Staffel, G. m. b. H., Staffel bei Limburg a. d. Lahn

Für unsere Kochgeschirr-Abteilung stellen wir noch einige
Scheibentöpfer
bei gutem Verdienst für dauernde Beschäftigung ein. Reisefreie wird gewährt.
Cölln-Meißner Ofenfabrik „Saxonia“ G. m. b. H., Meissen.

Von größerer Steingutfabrik werden tüchtige und gewandte
Cellerdreher, Einformer, Ueberformer, Garnierer
bei gutem Verdienst für dauernde Beschäftigung gesucht. Meldungen an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen

Schwämme für Dreher, Zymocca, Elephantenohren a 66 W. Für **Kleingeschirr, Garnierung, Druckerei, Brennerei** per Hundert 15-60 W. versendet in Posten nicht unter 30 W. gegen Nachnahme
H. Michelsohn, Berlin, Prenzlauerstr.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle
Zahle well grossen Umsatz höchste Preise
Sofort schnelle Bed.
Osterwolkstrasse 32. **Otto Seifert, Zwickau S.**



Goldschmied, goldb. Malrückstände
kauft **M. Köhler, Dresden-N.,** Gericht-Strasse 8 U.
höchste Preise. — Reelle Bedienung. — Sofortige Bezahlung.

Gold-, Silber- und Platinabfälle
als Schmiedere, Wäse, Sappen, Stupfer, Binzel, Röpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend
Max Haupt, Dresden-N., Bönischplatz

Heransgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Koffinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Koffinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 28